

---

**Beschluss der 3.Landesratssitzung in Bayreuth am 19. Juli 2014**

---

## **Für echte Veränderung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Der Fall der von Flüchtlingen besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg hat hohe Wellen in den Medien geschlagen. Die geplante Räumung zeigt nur eine von vielen Verfehlungen, die es in der Asylpolitik in den letzten Jahren gegeben hat. Umso wichtiger ist, dass ein Umdenken in der Asylpolitik einsetzt. In Bayern, im Bund und in Europa sieht es bisher nicht danach aus. Wir fordern deshalb zu Protesten gegen diese Flüchtlingspolitik auf und wollen dazu anregen, dass sich auch die Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN noch deutlicher zu konkreten Projekten bekennt, die in grüner Regierungsbeteiligung umzusetzen sind.

### **Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert:**

#### **Eine menschenwürdige Erstaufnahme**

Die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist erschreckend. Wir fordern, dass Erstaufnahmeeinrichtungen so eingerichtet werden, dass jederzeit alle Hilfesuchenden aufgenommen werden können, ohne dass eine Überbelegung stattfindet. Wir fordern die getrennte Unterbringung von Frauen und Familien. Weiter muss allen Menschen ein einfacher Zugang zu medizinischer und therapeutischer Behandlung und Rechtsberatung gewährt werden.

#### **Schluss mit jahrelangem Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften**

Die Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften sind nicht hinnehmbar. Dennoch leben die meisten Asylbewerber\*innen dort mehrere Jahre. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Asylbewerber\*innen maximal drei Monate in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Sie sollen freien Zugang zu Sprachkursen erhalten und Unterstützung bei der Suche nach einer privaten Wohnung bekommen.

#### **Residenzpflicht abschaffen**

Asylsuchende müssen sich innerhalb Deutschlands frei bewegen dürfen. Beschränkungen auf Regierungsbezirke oder Bundesländer erschweren den Aufbau eines sozialen Lebens zusätzlich.

#### **Medizinische Betreuung auch für Flüchtlinge**

Wir fordern die Länderregierungen und die Bundesregierung auf, ein gemeinsam finanziertes System für die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden zu etablieren. Ziel muss es sein, zu jeder Zeit medizinische und therapeutische Versorgung zu gewährleisten, wie sie auch jedem\*er Staatsbürger\*in gewährt wird.

---

## **Beschluss der 3.Landesratssitzung in Bayreuth am 19. Juli 2014**

---

### **Keine Abschiebungen in Krisenstaaten**

Die Pläne der Großen Koalition sind erschreckend: Durch die Erweiterung der Liste "sicherer Drittstaaten" wird es möglich, noch mehr Flüchtlinge ohne ein gerechtes Verfahren abzuschicken. Dabei wird die Situation der Länder nach ihrer wirtschaftlichen Stärke beurteilt und nicht danach, ob die Gefahr einer Verfolgung besteht. Wir fordern deshalb, die Abschiebungen in alle Krisenstaaten sofort zu beenden.

### **Abschiebe, Rückführungshaft abschaffen**

Wir fordern die sofortige Abschaffung der Abschiebehaft. Gründe, wie ungeklärte Identität, verspätete Asylantragsstellung und weitere rechtfertigen niemals einen Freiheitsentzug.

### **Duldung sicherstellen und Beschränkungen abbauen**

Wir fordern, dass kein Flüchtling durch Preisgabe seiner Identität abgeschoben wird. Die Duldung muss sichergestellt werden, wenn ein Ausweis vorgelegt wird. Somit ist es wesentlich einfacher Flüchtlinge zu registrieren und einen Überblick über nötige Hilfe zu erhalten.

Außerdem müssen die Hürden, die mit einem Duldungsstatus verbunden sind abgebaut werden. Wir fordern, dass Entscheidungen, wie z.B. die Arbeitserlaubnis nicht mehr im Ermessen der Behörde liegen. Es darf keine Arbeitsverbote geben.

### **Schulpflicht für alle**

Wir kritisieren die Schulpolitik der Bundesländer scharf, die minderjährigen Flüchtlingen die Chancen auf einen Platz im Bildungssystem verweigern. Wir fordern alle Bundesländer auf, die Schulpflicht ohne Begrenzungen auf minderjährige Asylbewerber\*innen und Kinder ohne Aufenthaltstitel auszuweiten.

### **Altersfeststellung in dubio pro reo**

Die Angabe des Alters der Flüchtlinge ist grundsätzlich als zutreffend einzustufen. Nur bei erheblichen und relevanten Bedenken soll ein Altersfestsetzungsverfahren möglich sein. Dieses muss durch ein Gericht erfolgen, dass nach rechtsstaatlichen Grundsätzen agiert. Methoden, wie das Handwurzelröntgenverfahren müssen sofort eingestellt werden.

Außerdem fordern wir die Grünen auf, im kommunalen Bereich deeskalierend in Konflikte einzugreifen und trotz des engen Rahmens der Bundes- und Landespolitik Chancen für Verbesserungen der Lebenssituation der Flüchtlinge zu ergreifen. Der unverhältnismäßige Polizeieinsatz an der Gerhart-Hauptmann-Schule, die Behinderung der Pressearbeit und das Räumungssuchen tragen nicht zur Deeskalation bei. Wir kritisieren diese Vorgänge ausdrücklich und fordern schnellstmögliche parteiinterne Aufarbeitung.